

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

28.7.1919 (No. 173)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptchrift-
leiter
C. A m e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonummer
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 6 A 32 P. — Einzelnummer 10 P. — Auslieferungsgeld: die 7 mal gespartene Zeitung oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Briefe mit Gelder. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, pünktlicher Bezahlung und Kontostellung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Heimkehr der Kriegsgefangenen.

** Aus Anlaß der bevorstehenden Rückkunft der deutschen Kriegsgefangenen weist das Arbeitsministerium nachfolgendes darauf hin, daß mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden muß, den Heimkehrenden nach den Entbehrungen und Anstrengungen, denen sie in ihrer Leidenszeit als Gefangene im Feindesland ausgesetzt waren, ihr Los in der Heimat künftighin zu erleichtern und ihnen eine rasche Rückkehr in geordnete Verhältnisse zu ermöglichen. Hierbei dürfen die Schwierigkeiten, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit der Rückkehr von Hunderttausenden von Arbeitsträften bei der gegenwärtigen Lage unseres Wirtschaftslebens verbunden sind, vor allen Dingen die weitere bedrohliche Überfüllung des Arbeitsmarktes mit Beschäftigungslosen nicht übersehen werden; sie werden auch durch die Abgabe von Hilfskräften für den Wiederaufbau in Nordfrankreich und infolge des Umstandes, daß voraussichtlich ein Teil der früheren Kriegsgefangenen, nach seiner körperlichen und seelischen Verfassung nicht imstande sein wird, alsbald wieder der Erwerbstätigkeit nachzugehen, zum Teil oder nur vorübergehend behoben. Somit muß die Beschaffung und Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten als die wichtigste Aufgabe aller in Betracht kommenden Stellen bezeichnet werden. Von dem vaterländischen Pflichtgefühl und dem sozialen Verständnis der Leiter der öffentlichen wie privaten Betriebe, insbesondere auch in der Landwirtschaft, darf erwartet werden, daß sie sich dessen bewußt, den Heimkehrenden Gelegenheiten zur Beschäftigung schaffen, wo dies nur irgend möglich ist.

Pflicht der Behörden in Staat und Gemeinde ist es, nötigenfalls und im Zusammenwirken mit den beruflichen Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, und im übrigen den Beteiligten bereitwillig mit Rat und Tat in jeder Hinsicht beizustehen.

Die Belegung der Beamtenstellen.

** Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 17. Juni d. J. beschlossen, daß den mit dem Hinweis auf § 11 Abs. 2 der Verfassung gestellten Forderungen der unteren Beamten auf Beförderung in mittlere Stellen und der mittleren Beamten auf Beförderung in obere Beamtenstellen in bestimmten Einzelfällen soweit angängig entsprochen werden soll.

Unter den heutigen Verhältnissen und im Hinblick auf diesen Beschluß wird man öfter als es bis jetzt geschehen ist auf den Nachweis einer bestimmten Vorbildung und auf die Ablegung der Prüfungen verzichten müssen. Da aber doch noch eine allgemeine Schranke bestehen bleiben muß und da, zur möglichsten Hintanhaltung von Beförderung, einer allzu verschiedenartigen Beurteilung durch die einzelnen Behörden und Vorgesetzten entgegenzuwirken werden sollte, wird es sich empfehlen, Richtlinien für das einzuhaltende Verfahren aufzustellen. Das Ministerium der Finanzen macht hierzu folgende Vorschläge:

- a) Jede mittlere Beamtenstelle, die von einem normal befähigten unteren Beamten versehen werden kann, ist in eine untere Beamtenstelle umzuwandeln.
- b) Ist die Umwandlung der Stelle nach Buchstabe a nicht angängig, so kann ein unterer Beamter auf dieser Stelle zum mittleren Beamten befördert werden unter der Voraussetzung, daß er keine besondere Befähigung, Tüchtigkeit und Erwerbbarkeit zur Wahrnehmung einer mittleren Beamtenstelle in jeder Hinsicht bewiesen hat. Dieser Nachweis gilt nicht schon dadurch als erbracht, daß der Beamte vorübergehend — während des Urlaubs, einer Erkrankung odgl. — die Geschäfte eines mittleren Beamten zur Zufriedenheit seines Vorgesetzten besorgt hat. Er soll auch dann noch nicht als erbracht gelten, wenn der Beamte immer dieselbe Stelle längere Zeit hindurch zufriedenstellend versehen hat. Die Beförderung des Beamten darf nur ausgesprochen werden, wenn er volle Gewähr dafür bietet, daß er fähig ist, jede Stelle, die ein normal befähigter mittlerer Beamter zu versehen hat, zufriedenstellend auszufüllen. Der Nachweis muß durch eine mindestens einjährige praktische Erprobung des Beamten, und zwar in der Regel auf mehreren mittleren Beamtenstellen erbracht werden.
- c) Entsprechendes gilt auch für den mittleren Beamten, dem eine obere Beamtenstelle übertragen werden soll.
- d) Berechtigte Interessen der mittleren und oberen Beamten dürfen durch solche Beförderungen nicht beeinträchtigt werden.

Reichswehr und Friedensgarnisonen.

** Gegenüber den in letzter Zeit mehrfach in der Presse erschienenen Angaben über voraussichtliche Belegung früherer Friedensgarnisonen durch Reichswehrgarnisonen oder über Räumung von bisher mit solchen Garnisonen belegten Garnisonorten muß festgestellt werden, daß über diese Fragen noch keinerlei Entscheidung getroffen ist und auch nicht getroffen werden kann, bevor die Besprechungen mit der Entente über die Auslegung des Artikels 43 (Verbot, innerhalb einer Zone von 50 km östlich des Rheins Truppen zu unterhalten) beendet und über die Verminderung der Reichswehr gemäß Artikel 160 der Friedensbedingungen eine Entscheidung erfolgt ist.

* Die große Abrechnung.*

Die Abrechnung, die in der Freitagssitzung der Nationalversammlung Reichsminister Erzberger im Namen der Reichsregierung mit dem alten militaristisch-bureaucratischen System und seinen Anhängern, den Konservativen und Alldutschen hielt, hat bezeichnenderweise nicht nur im Parlament, sondern auch in der gesamten Öffentlichkeit einen ungemein tiefen Eindruck hervorgerufen, der sich in Empörung und Entsetzen, aber auch in Staunen und Verwunderung über eine dermaßen leichtfertige Politik der früheren Gewalttäter geäußert hat. Die Tatsache, daß die Mitteilungen Erzbergers wie furchtbare Enthüllungen wirkten, beweist uns, daß die Abrechnung höchst zeitgemäß und notwendig war; ja, sie beweist uns, daß eine solche Abrechnung schon längst hätte erfolgen sollen.

Wir haben angesichts der frivolen Verdrehungsstaffel der verantwortlichen Schuldigen immer wieder betont, daß es an der Zeit sei, unserm Volk reiflich die Wahrheit zu enthüllen. Die Reichsregierung hat geglaubt, um des inneren Friedens willen mit der Abrechnung warten zu sollen; sie hat vielleicht angenommen, die reaktionären Parteien würden das getane Unrecht einsehen und sich dementsprechend zurückhalten. Sie kannte die grenzenlose Überheblichkeit, die freche Arroganz dieser Herrschaften schlecht. Statt sich zurückzuhalten, ist die Reaktion mit der ihr eigenen Unverfrorenheit selbst zum Angriff vorgegangen, hat sie selbst es gewagt, den Ankläger zu spielen. Daß sie dabei gerade an den Minister Erzberger geriet, war ihr Pech. Sie hat wahrscheinlich nicht gewußt, über ein wie umfangreiches und erdrückendes Beweismaterial die Reichsregierung verfügte.

Erzberger hat nicht gezögert, mit seinen Enthüllungen den letzten Schleier von der leichtfertigen, verhängnisvollen Politik der Gewalttäter des alten Systems fortzuziehen. Und weitere Enthüllungen der vollen Wahrheit werden folgen. Wir begrüßen sie mit Genugtuung. Denn wir wußten, daß noch weite Kreise unseres Volkes, die keineswegs einseitig reaktionär denken, die Politik der Obersten Heeresleitung, die Politik der Alldutschen und Konservativen, viel zu milde beurteilten, weil diese Kreise selbst zu anfänglich und wohl auch noch zu urteilbefangen waren, um ohne erdrückende Beweise von amtlicher Stelle die Tatsache glauben zu können, daß unser armes Volk in so entsetzlicher Weise belogen und betrogen worden ist. Es war also doppelt notwendig, daß hier nun endlich die Wahrheit gesagt wurde.

Wie diese Wahrheit aussehen würde, haben wir und mit uns alle, die mit dem Militarismus des alten Systems — sei es an der Front, sei es hinter der Front — in Verbindung kamen, gewußt. Uns bringen die Enthüllungen Erzbergers nichts wesentlich Neues. Wir haben während der letzten Zeit des Krieges die Politik der Obersten Heeresleitung an der Quelle studieren können und haben dann, als der Zusammenbruch erfolgte, die furchtbare Schuld der militaristischen Gewalttäter in ihrer ganzen Größe erkannt. Allerdings müssen auch wir gestehen, daß wir damals, d. h. noch im Herbst 1918, es nicht für möglich gehalten haben, daß die Oberste Heeresleitung unser Volk dermaßen irreführen würde. Noch in den allerletzten Tagen des September 1918 hat Ludendorff einem maßgebenden Vertreter der öffentlichen Meinung die bestimmte Erklärung abgegeben, daß der Gedanke an Sieg noch keineswegs begraben sei, und daß „Durchhalten“ noch immer als die Parole zu gelten habe. Und in denselben Tagen ergingen bereits aus dem Hauptquartier die Telegramme nach Berlin, die den sofortigen Waffenstillstand verlangten!

Nun mag ja Ludendorff persönlich durchaus Recht haben, wenn er hier und da behauptet, er habe von dieser oder jener Aktion nichts gewußt. (Auch das Schreiben des Runtius Pacelli will Ludendorff, wie er mitteilen läßt, nicht gekannt haben.) Wir brauchen uns hieran nicht zu stoßen. Die Politik der Obersten Heeresleitung wurde nicht von Ludendorff allein gemacht. Sondern da waren noch die Herren Partienwerfer und Nicolai, die Herren vom Berliner Kriegspresseamt, die ihren ausschlaggebenden Einfluß in die Waagschale warfen, da

* Der leitende Redakteur der „Karlsruher Ztg.“ tritt mit dem morgigen Tage einen mehrwöchigen Urlaub an. Die mit dem gezeichneten Zeitalter fallen für diese Zeit aus.

waren die Direktoren der schweren Kriegsindustrie, die Führer der Alldutschen und Vaterlandspartei, die alle zusammen an jener fabelhaften Politik mitarbeiteten, die unser Volk ins Elend gebracht hat.

Gut ist es deshalb, wenn nun endlich einmal die Tatsache der Schuld auch von amtlicher Stelle festgestellt wird. Unser Volk hat ein Unrecht darauf. Es muß und es soll wissen, wem es sein Elend zu verdanken hat. Nicht der Revolution, die eine Folge war und nicht eine Ursache, sondern allein jenen herrschenden Gewalten des alten Systems, die, um sich selbst noch recht lange in Amt und Würden, d. h. im Genuß der Macht zu erhalten, unser armes, zum Glauben und zum Gehorchen erzogenes Volk zu immer neuen aberwitzigen Opfern aufzuopfern, indem sie ihm in sträflicher Leichtfertigkeit, oft wider besseres Wissen, mit allen Mitteln amtlicher und nichtamtlicher Überredungskunst die Hoffnung auf den Endsieg vorgaukelten! Das verbrecherische Spiel der Gewalttäter ist zu Ende! Ausschaffet Raum, damit unser Volk erkenne, wie verbrecherisch dieses Spiel war, und damit es daraus lerne für alle Zukunft! A.

* Nochmals in eigener Sache.

Die „Heidelberger Zeitung“, die einst zu den angesehensten Blättern des Landes zählte, hat von dem Tage an, an dem sie durch Kauf in die Hände der Reaktion und des Großkapitalismus geriet, eine Bahn der Entwicklung eingeschlagen, die ihr in ein paar Monaten den fest begründeten Ruf, das unanständigste Organ von ganz Baden zu sein, eingetragen hat. Inwieweit der verantwortliche Redakteur, Kurt Fischer, persönlich diese Entwicklung bestimmt hat, weiß ich nicht. Seine eigenen Stilübungen sind von einer solchen Minderwertigkeit, daß man ihn wahrscheinlich von dem Vorwurf, die unanständige Haltung seines Blattes verschuldet zu haben, freisprechen darf. Insofern möchte ich ihm auch seine Entgegnung auf meinen Artikel „In eigener Sache“ in Nr. 157 der „Karlsruher Zeitung“ nicht so schwer anrechnen. Die Tatsache, daß Kurt Fischer vor dem Verkauf der „Heidelberger Zeitung“ offiziell erklärt hat, er werde der demokratischen Partei treu bleiben, wird durch diese meine nachsichtige Auffassung jedoch nicht aus der Welt geschafft. Sie bleibt trotz des Ablehnungsversuchs des Herrn Fischer bestehen. Ihre Richtigkeit ist mir von meinen Gewährsmännern nochmals ausdrücklich bestätigt worden.

Auch daß Herr Fischer gezwungen war, mehrere „Einsendungen“ reaktionärer Mitarbeiter in das von ihm „geleitete“ Organ aufzunehmen, vermag ich ihm nach Lage der Dinge nicht übel zu nehmen. Er ist eben dazu verpflichtet, dem fanatischen Haß, mit dem die Reaktion mich nun einmal beehrt, Ausdruck zu verleihen.

Ich leugne nicht, daß zu diesem Haß Grund genug vorhanden ist. Es dürfte in Baden nur ganz wenige Publizisten geben, die die Sünden des alten Systems, die Sünden des Militarismus, die Sünden der Konservativen und Alldutschen so genau und so ins Einzelne gehend kennen, wie ich. Das ist es, was die Reaktionäre fürchten. Und da ich meine Feder in den Dienst der großen Abrechnung mit dem alten System stelle, hat sich die Furcht in Haß verwandelt. Jetzt gegen mich persönlich gerichteten „Einsendungen“ der „Heidelberger Zeitung“ charakterisieren sich als Einschüchterungsmanöver, als Denunziationsversuche, als Antrampeln. Ich werde auf solche Versuche nicht reagieren. Dazu sind mir diese Ergüsse, die das blödeste Gemäch (so z. B. das Gerede von meiner angeblichen Nichtaufnahme in die Sozialdemokratische Partei) weitertratschen, doch zu dünn und zu belanglos. Die anständige Presse des Landes tut gut daran, sich möglichst wenig mit dem neuen reaktionären Adauorgan in Heidelberg zu beschäftigen. Man nimmt seine Artikel zur Kenntnis, um zu wissen, was die Reaktion bei uns in Baden will, aber man tut der „Heidelberger Zeitung“ zuviel Ehre an, wenn man öffentlich mit ihr polemisiert. In diesem Sinne schreibe auch ich heute meine Auseinandersetzung mit dem Blatte ab.

C. A m e n d,
Hauptchriftleiter der „Karlsruher Zeitung“.

Deutsche Nationalversammlung.

Bei der Eröffnung der Samstagtagung der Nationalversammlung teilte Präsident Fehrenbach folgenden Antrag (Sog.) mit:

1. Die erste Beratung des Entwurfs über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verknüpfen;
2. die Rede des Reichsministers Erzberger vom 25. Juli und des Ministeriums des Innern vom 24. Juli auf Kosten des Reiches im deutschen Volk zu verbreiten;
3. alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses, sowie die Regierung bekannt gewordenen Dokumente über die Enthüllungen bezüglich der Fortführung des Krieges zu veröffentlichen.

Abg. Lbbe (Sog.): Meine Fraktion hat sich gestern mit den Enthüllungen beschäftigt, die für uns eine große und schmerzliche Überraschung waren und zu dem mitgeteilten Antrag Anlass gegeben haben.

Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) und Abg. Dr. Feinze (D. Sp.) widersprechen dem Antrag.

Abg. Dr. Lbbe (Sog.): Nach diesem Widerspruch ist eine geschäftsmäßige Beratung des Staatsgerichtshofes nicht möglich. Diese Feststellung genügt uns. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird in die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der Besprechung des Landarbeiterstreiks fortgesetzt.

Abg. Dr. Hugo (D. Sp.): Die gestrige Rede Erzbergers und der eben gehörte Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwachen. (Lärm und Zuruf: Aufklärung!) Nachher wird das eine Gefahr für die deutsche Öffentlichkeit. Nach der gestern angewendeten Methode wird ein Schaden am deutschen Volk angerichtet, der eine Wüste aus ihm macht. (Großer Lärm und andauernde Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach: Die Lage ist doch ungeheuer ernst. Jede Partei und jeder Mann erhält Gelegenheit zur Gegenäußerung. Sichern wir eine ruhige und sachliche Beratung.

Abg. Dr. Hugo (D. Sp.): Der Aufforderung des Präsidenten unterwerfe ich mich gern. Sie will gerade das, was ich vortragen wollte. Sehen wir einen objektiven Ausschuss ein, der die uns bewegenden Fragen in durchaus objektiver Weise erschöpft, bestehend aus Historikern unter einem publizistisch geschulten Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erklärung anzuordnen. Eine andere Methode ergibt kein objektives Urteil. („Sehr richtig!“ rechts. Unruhe links. Abg. Keil ruft: Angst haben Sie!) Objektive Aufklärung sind wir dem deutschen Volk schuldig. (Beifall rechts.) Ganz einseitig werfe Erzberger den Deutsch-Nationalen die Schuld vor, daß der U-Bootkrieg in kürzester Frist entscheiden könnte. Er habe nichts anderes gedacht: Selbst die Sozialdemokraten glaubten an die Wirkung des U-Bootskrieges. Eine gerichtliche Behandlung würde aus dem weltgeschichtlichen Erleben des deutschen Volkes ein Spektakelstück machen. Stresemann sah die Friedensresolution anders an als Erzberger. Der Schaden, den sie angerichtet hat, war, daß sie im Volk den Glauben vernichtete, es müsse, um den Krieg zu gewinnen, aushalten. Die französischen Staatsmänner haben anders gehandelt und jede Friedensbewegung im Volk erstickt. Clemenceau wird heute als der Retter seiner Nation angesehen. Wir haben gesehen, wie wenig charaktervoll das deutsche Volk in der kürzlichsten Stunde seines Geschicks geführt wurde. Das anders urteilten früher die Demokraten über den Kaiser, der sie heute einen blutdürstigen Cäsaren nennen. Das alte System war so schlecht und so gut wie das neue. Es kommt darauf an, welche Männer Geschichte machen. Durch Ihre (zu den Sozialdemokraten) oder Verneinungspolitik haben Sie die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit auf die Dauer unmöglich gemacht. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Auch das Zentrum hat durch seine Nützlichkeitspolitik eine feste Mehrheit gebildet. Redner polemisiert sodann weiter gegen die Sozialdemokratie und behauptet, der Sozialismus habe den Zusammenbruch unseres Heeres verursacht. Den wirtschaftspolitischen Absichten der Regierung stehen wir, obwohl wir das Fallenslassen der Planwirtschaft begrüßen, mit starken Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung von Elektrizität und Kohle. Wenn wir der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen können, so beachtlichen wir nicht, eine negative Politik zu treiben. Das gilt auch für unsere Haltung in der Steuerfrage. Wir wollen an der sozialen Gesetzgebungsarbeit teilnehmen und an der Überwindung des Klassenkampfes mitarbeiten.

Abg. Dr. Naase (U. S.): Wir haben gezeigt, daß wir Gegner Erzbergers sind. Aber die Altaden, die jetzt z. B. Helfferich in der „Preuzzeitung“ gegen ihn reitet, machen uns süchtig. Man will sich rächen an dem Manne, der durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages das Rabanque-Spielen vereitelte und jetzt die schweren Steuern durchzuführen will. Daß der Frieden unterzeichnet wurde, war ein Glück, sonst wären Tausende erschlagen worden, die Blodade hätte Opfer gefordert, Deutschland wäre gerdrückt worden. Heute atmet alles auf, daß wir den Frieden haben. Selbst der Minister Müller hat seine Rede frei von Kraftmeierei und ohne zu bramarbasieren gehalten. Unser Heeresbudget ist wie wir gestern gehört haben, noch ebenso hoch wie in Friedenszeiten. Kein Wunder, wenn man bedenkt, wie die Freiwilligenkorps verpflegt und gelöhnt werden. Die Regierung sollte wenigstens danach trachten, daß nur Offiziere bleiben, die auf dem Boden der Republik stehen. Herr Naase spielt sich oft als den starken Mann auf. Aber im Grunde ist er an beiden Händen gefesselt und Offiziere erlauben sich eine Sprache gegen ihn, wie sie früher einfach unmöglich gewesen wäre. Der Belagerungsstand wird weiter aufrecht erhalten auf Grund der Berichte von Spitzeln und übel beleumundeten Subjekten, von denen sich die Regierung schon aus Keilschlagsgründen fern halten sollte. Die tollsten Mißstände bestehen auf dem Gebiete der Schulpflicht. Die Lohnforderungen der Arbeiter sind gerecht. Das Mittel des Streiks dürfen wir den Arbeitern nicht nehmen. Obligatorische Schiedsgerichte, die aus der Bourgeoisie zusammengesetzt sind, können die Arbeiter nichts nützen. Der Arbeitsmangel ist, solange der kapitalistische Staat besteht, ein Verbrechen am Arbeiter. Die Gegenrevolutionäre sind an der Arbeit. Gegen die Juden wird heftig gehetzt. Die Diktatur des Proletariats bedeutet keineswegs die Herrschaft mit Handgranaten. Mißtrauen gegen die Regierung haben die Arbeiter besonders deshalb, weil die nach Friedensschluß erwartete Amnestie ausbleiben ist. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Reichswehrminister Noske: Die antisemitische Hebe schäbe ich als sehr gefährlich ein, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen und der Gerechtigkeit zu Gewalttätigkeiten leicht zu aufreizung kommen kann. Wo sich eine Handhabe bietet, wird gedeutet. Jede antisemitische Treiberei in der Truppe verurteile ich auf das entschiedenste und bin dagegen eingeschritten. Die Regierung hat allerdings in den letzten Monaten nicht immer ihr Sinnen und Trachten auf die Reform der sozialen Maßnahmen richten können, weil ihre Kräfte für die innerpolitischen Kämpfe in Anspruch genommen wurden. Wenn der deutsche Arbeiter noch nicht die Früchte der Revolution erntet, so ist das dem elchastesten Bürgerkrieg in der Arbeiterchaft zu danken, der von Naase und seinen Freunden geführt wird.

Im vorigen Montag ist den Leuten in Berlin vorgelesen worden, wenn sie aus den Betrieben herausgingen, so nähmen sie an einer Kundgebung des internationalen Proletariats gegen den harten Frieden teil. In Wirklichkeit haben die Franzosen, Engländer, Italiener und Schweizer den Streik abgelehnt. Deutschland bedarf intensiver Arbeit. Aber was kümmert dies die Leute, die mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Arbeiter Schindluder treiben! Eine Regierung muß nach Möglichkeit darauf Bedacht nehmen, daß die Dinge, wie sie sich im Januar und März ereigneten, nicht wiederholen. Zum Kapitel dieser Vorbeugung gehört auch das Verbot der „Republik“ und andere Blätter. Ich halte es für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß eine Anzahl Leute, die ihr revolutionäres Herz eben erst entdeckt haben und nun politische Ansprüche machen wollen, nicht die Erregung, die im deutschen Volk steckt, in solcher Weise ausnützen. Demen trete ich entgegen, solange ich das Vertrauen der Mehrheit habe und auf meinem Posten stehe.

Reichswehrminister Noske befaßt sich in seinen weiteren Ausführungen mit der Haltung Haases und der seiner Anhänger in den letzten schmerzlichen Wochen, zum Teil unterbrochen von den Unabhängigen, und fährt fort: Ausbreitungen der Soldaten behauere ich auch. Aber in Königberg wurden nach dem Ergebnis der Untersuchungen die Soldaten bis aufs Blut beschimpft und tödlich beleidigt. Aber alle diese Niederträchtigkeiten ist das Land vollkommen unerrichtet. Als Minister Noske auf die Vorgänge in Hamburg zu sprechen kommt, erhebt sich bei den Unabhängigen tosender Lärm. Rufe: „Verbrecher!“ „Glatte Lüge!“ wiederholten sich. Ein Teil der Reichswehrsozialisten begibt sich zu den Bänken der Unabhängigen und spricht auf sie ein, um sie zur Ruhe zu mahnen. Minister Noske führt dann weiter aus, für die Truppen sei es kein Vergnügen, mit den Unabhängigen zusammenzukommen. Getreu dem Friedensvertrag werden wir die Truppen reduzieren. Ohne Reibungen geht das aber nicht ab.

Im 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 4 Uhr vertagt.

Abg. Feinze (D. Sp.): Es ist gut, daß endlich Leute aus der Praxis in die Regierung kommen. Wenn im alten Obrigkeitsstaat nicht so vieles faul gewesen wäre, wäre er nicht so rasch zusammengebrochen. Nicht die Revolution ist schuld an dem Zusammenbruch unseres Heeres, sondern die Furchung im Heere selbst und die Ungerechtigkeiten, die zwischen Soldaten und Offiziere bestanden.

Abg. Langwisch (Deutsch-Dann.): Der Regierung bietet sich jetzt Gelegenheit, sich Freunde zu verschaffen, indem sie die Hannoveraner gewinnt. Wir kämpfen nicht für ein Königreich, sondern für ein selbständiges Hannover.

Abg. Wels (Sog.): Die gestrigen Enthüllungen Erzbergers werden im ganzen Reiche aufsehen machen. Die Öffentlichkeit wird ihr Urteil über die alte Regierung fällen. Durch diese Enthüllungen hat sich unsere Politik der letzten Kriegsjahre als die richtige herausgestellt. Genübert hat mich, daß der Abg. Haase, da ihm die Enthüllungen nicht unbekannt waren, nicht schon längst davon gesprochen hat. Er hat sich damit mißgünstig gemacht. Alle Unfähigen müssen aus dem auswärtigen Dienst entfernt werden.

Dies wird um 7 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Fortsetzung der Beratung.

Politische Neuigkeiten.

Das Friedensangebot von 1917.

Das Friedensangebot, das der deutschen Regierung durch die Vermittlung des päpstlichen Nuntius in München ausgegangen ist und das Reichsminister Erzberger in seiner Rede am Freitag erwähnt, hat folgenden Wortlaut:

München, den 30. August 1917.

Ev. Erzengel! Ich habe die hohe Ehre, beiliegend Ev. Erzengel die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Sr. Erzengel dem Herrn Gesandten Sr. Majestät des Königs von England beim Hl. Stuhl Sr. Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben worden ist. Die französische Regierung schließt sich in dem gleichen Telegramm angeführten Darlegungen an.

Sr. Eminenz ist voll des Verlangens, ihre Bemühungen für die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welche annehmen die kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich auch Sr. Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Sr. Erzengel in besonderem Maße auf den Punkt hinzuweisen, welcher sich auf Belgien bezieht und erstens eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und die Entschädigung für den Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; zweitens eine gleichfalls bestimmte Angabe der Bürgschaften für die politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit von Deutschland verlangt. Ist diese Erklärung befriedigend, so meint Sr. Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zur Weiterentwicklung der Verhandlungen getan würde. Tatsächlich hat der erwähnte Bestand von Großbritannien seine königl. Regierung bereits versichert, daß der Hl. Stuhl auf die in dem betreffenden Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Der päpstliche Nuntius gab schließlich seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Reichsminister sich unsterbliche Verdienste erwerben könnte um das Vaterland und die ganze Menschheit, wenn er in einer persönlichen Note das gute Gelingen der Friedensunterhandlungen erleichtern würde.

In der Antwort durch den damaligen deutschen Reichsminister Dr. Michaelis vier Wochen später, die am 24. September erfolgte, heißt es mit Rücksicht auf Belgien:

„Im heutigen Stadium der Dinge sind wir nicht in der Lage, dem Wunsch Sr. Erzengel zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserl. Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Bürgschaften abzugeben. Der Grund hierfür liegt keineswegs darin, daß die kaiserl. Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzt, oder glaubt, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig erscheinenden Bürgschaften seien ein unüberwindliches Hindernis für die Suche des Friedens, sondern darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen für eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer solchen Erklärung bis jetzt nicht geklärt zu sein scheinen. Hierauf Klarheit zu verschaffen, wird das Bestreben der kaiserl. Regierung sein, und sie hofft, falls die Umstände der Vorarbeiten begünstigen, in nicht allzuferner Zeit in der Lage zu sein, Sr. Erzengel über die Absichten und sonstigen Forderungen der kaiserl. Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien genauer unterrichten zu können.“

Der Wiener „Mittag“ schreibt: Erzberger erklärte in der Nationalversammlung, er werde über die Herkunft des Berichtes schweigen und den Namen des Überbringers nicht nennen. Wir nennen ihn, es ist der Graf Karl selber. Kaiser Karl selbst hat den streng geheimen Bericht Herrn Erzberger übergeben und ihm mitgeteilt, über die Herkunft des Berichtes zu schweigen.

Die „A. Z.“ am Freitag, meldet unter Nr. 20. Juli: In der gestrigen Enthüllung in der Weimarer Nationalversammlung erhalten wir von autoritativer Stelle der Obersten Heeresleitung folgende Erklärung im Namen des Generals Ludendorff übermittelt:

Das Schreiben des Nuntius und das Antwortschreiben des Reichsministers Dr. Michaelis, die heute in der Morgenpresse veröffentlicht wurden, sind dem General Ludendorff erst heute früh bekannt geworden. Er hat von diesem Schreiben früher nie etwas gehört. Andeutungsweise und geheimnisvoll wurde Ende August oder Anfang September der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß England eine Fühlungnahme anstrebe. Unabhängig davon wurde dem General anfangs August durch den Obersten von Daeften auf Grund von ihm zugegangenen Mitteilungen aus pazifistischen Kreisen des Auslandes gemeldet, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaube, es handle sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit und erklärte in beiden Fällen sein Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien. Es fand eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat am 11. September. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffend Belgien erzielt. Einige Tage darauf regte der Reichsminister in einer Besprechung mit seinem Vertreter Dr. Helfferich und Staatssekretär Kühlmann, der auch Oberst von Daeften, Direktor Deutelmoser und Vertreter des Kriegspresidents beizwohnten, an, die öffentliche Meinung ist der Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens angestrebten Ziele vorzubereiten. Staatssekretär von Kühlmann sprach sich aus unbekanntem Grunde dagegen aus. General Ludendorff hat in diesen Tagen Dr. Michaelis, von einer von ihm beauftragten Kriegssammlungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa mögliche Verhandlungen erschwert würden. Am 20. September hat Oberst von Daeften, der ebenfalls von dem Schreiben des Nuntius keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Verlangen des Abg. Konrad Haufmann hat, eine offene Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte es ab, Oberst von Daeften machte hierüber der Obersten Heeresleitung Meldung. General Ludendorff hat später den Reichsminister oder Herrn von Kühlmann gefragt, was aus der englischen Fühlungnahme geworden sei. Er erhielt eine ausweichende Antwort.

Zu den Enthüllungen des Ministers Erzberger in der deutschen Nationalversammlung kündigt die mehrheitssozialistische „Münchener Post“ weitere Enthüllungsmöglichkeiten an. Sie schreibt: „Was der Reichsminister Erzberger gestern zum Besten gab, war in den der Reichsminister nahebestehenden Kreisen und darüber hinaus bekannt. In der Nationalversammlung wirkten seine Enthüllungen wie ein Blitz aus heiterem Himmel und die Erregung der Abgeordneten entlud sich in Form und Rhythmus so, daß sie dem furor teutonico und dem grandenhaften Gemütszustand unseres Volkes ein schönes Zeugnis ausstellte. Wie würde die Nationalversammlung aber erst aufbrausen, wenn sie wüßte, daß im Januar 1918 erst zu nehmende Männer einen dem päpstlichen Schreiben ähnlichen und nicht einmal festen Versuch machten, Deutschland zu vernünftigen Vorschlägen zu bewegen und daß dieser Versuch an der ungesunden Moral unseres politischen und diplomatischen Systems ebenso scheiterte, wie die Anrede Benedikts XV. Ein dem vorletzten Botschafter Dr. Payer nahebestehender Abgeordneter (es dürfte Konrad Haufmann gemeint sein) wüßte darüber genau Bescheid. Wüßte er nicht auch reden? So sieht es nun in Wirklichkeit aus mit dem Glücksspiel, dem deutsche Kraft und Ehrlichkeit infolge der Ahnungslosigkeit so schwachlich erliegen mußten. Die Herren, die das Vaterland für sich allein zur Pacht beanspruchten, haben untereinander um das Wohl und Wehe unseres armen Volkes gewürfelt. Dann ist alles in Trümmer gegangen.“

Auf dem württembergischen Vertretertag der demokratischen Partei teilte Abgeordneter Haufmann mit, daß nicht nur der Siebener-Ausschuß des Reichstages, sondern auch v. Bamer in seiner Eigenschaft als Botschafter von dem über den Vatikan der deutschen Regierung zugeleiteten Friedensangebot der Entente nichts erfahren habe.

Eine Erklärung Michaelis'.

Der ehemalige Reichsminister Michaelis gibt zu den Enthüllungen Erzbergers in der Nationalversammlung vom 25. Juli in der „Tägl. Rundschau“ folgende Erklärung ab: „Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917, sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensführers folgendes zu sagen:

Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit dem Staatssekretär und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich mich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm darüber Vortrag zu halten. Ich bat den Kaiser um die Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat fand am 11. September im Schloß Bellevue statt. Das Ergebnis der Besprechung wurde dem Kaiser in eigenhändig unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt: Eine Annexion Belgiens ist bedenklich. Belgien könnte wieder hergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müsse ein engerer wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.“

Aber die weitere Behandlung des Friedensführers wurde von mir mit dem Staatssekretär Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unabweisbar auf unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu einer entgegenkommenden Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extraaganten Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden. Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär Kühlmann persönlich nahebestehenden neutralen Diplomaten der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde keine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß dem obigen Kronrat in der Weise erteilt: Die Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkennen: a) daß unsere Grenzen intakt bleiben, b) daß unsere Kolonien zurückgewahrt werden würden, c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen und d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.

Ich habe in Abereinstimmung mit Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Ver-

traulichkeit die Besetzung dieser ersten Friedensstufen möglich erschien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet worden war, als das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen werden und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur die Antwort des allgemeinen Inhaltes erteilt werden. Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Anbahnung der Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht worden sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgeben mit Bezug auf Klagen zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeigneten Weg zur Verfolgung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn sich der Plan geschicklich, so las es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

Die französischen Besatzungsbehörden gegen die deutschen Steuerflüchtigen.

* Aus Ludwigsbafen wird gemeldet: Die französischen Besatzungsbehörden haben sich bereit erklärt, der deutschen Regierung behilflich zu sein in der Abfassung deutscher Verordnungen, die mit großen Vermögens des Reichsgebietes verfallen, um sich der Steuer zu entziehen. Man glaubt, daß damit den Alliierten infolgedessen gefolgt wird, daß die abgeführten Vermögen später wieder den Alliierten zugute kommen werden.

Rücktritt des österreichischen Außenministers.

* Der Staatssekretär des Wiener Auswärtigen Amtes Dr. Otto Bauer hat demissioniert. Einer der leitenden Grundzüge seiner Politik war, die Freundschaft Italiens zu erwerben. Er hoffte die italienische Unterstützung für die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich und seinen Schutz gegen die südlichen Angriffe auf deutsches Gebiet zu erlangen und in freundschaftlicher Auseinandersetzung mit ihm eine für beide Teile annehmbare Lösung für Südtirol zu finden. Er hoffte, Deutsch-Österreich werde der Vermittler sein können, der der ganzen deutschen Nation die Freundschaft Italiens wieder gewinnt. Diese Bemühungen sind gescheitert.

Außerordentliche Friedensabgabe in Österreich.

* Der Reichsausschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung bewilligte heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über eine außerordentliche Friedensabgabe für 1919.

Der Zusammenbruch in Ungarn.

* Aus Budapest wird gemeldet: Der Präsident der ungarischen Räterepublik Garbai erklärte in der letzten Sitzung des Rates der Volksbeauftragten, daß das kommunistische System zu einem fürchterlichen Zusammenbruch führen müsse. Er könne die Verantwortung für die Fortsetzung dieses Systems nicht weiter tragen und müsse darum seine Demission geben. Als die Volksbeauftragten Garbais Demission nicht annehmen wollten, zog dieser einen Revolver, um sich zu erschließen. Zwei Volksbeauftragte fielen Garbai in den Arm und nahmen ihm die Waffe weg. Infolge der Verletzung erlitt Garbai einen Herzanfall und liegt schwer krank darnieder.

Badische Ueberlicht.

Unterrichtsminister Hummel über die politische Lage.

oc. In einer Mitgliederversammlung des demokratischen Vereins in Karlsruhe sprach Unterrichtsminister Hummel über die gegenwärtige politische Lage. Er forderte eine aktive auswärtige Politik des Reiches mit dem Ziel einer Revision des Versailler Friedensvertrages. Voraussetzung dafür sei die Befestigung der inneren Lage, die unter allen Umständen und unter Einwirkung der wirtschaftlichen Kraft des Staates von jedem einzelnen Staatsbürger zu erreichen versucht werden müsse. Wenn die Allgemeinheit nicht daran denke, daß man von dem neuen Staat noch nicht ein Jubel verlangen dürfe, werde der Tag kommen, wo auch durch einen Generalstreik nichts mehr erreicht werden kann, weil einfach nichts mehr da ist.

Die Vereinbarung über das Landestheater.

* Die Vereinbarung zwischen der badischen Staatsregierung, vertreten durch das Ministerium des Kultus und Unterrichts und das Ministerium der Finanzen einerseits und der Stadtgemeinde Karlsruhe andererseits über den Betrieb des badischen Landestheaters hat folgenden Wortlaut:

1. Das Landestheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1919/20 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung des badischen Staats und der Stadtgemeinde Karlsruhe betrieben und von diesen beiden Beteiligten geleitet und verwaltet.
2. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, in der Stadt Karlsruhe und ihrer Umgebung keinerlei Unternehmungen zu betreiben oder zu fördern, die geeignet sind, den Veranstaltungen des Landestheaters Abtrag zu tun.
3. Zur Leitung und Verwaltung des Landestheaters wird ein aus Vertretern des Staats (Ministerium des Kultus und Unterrichts und Ministerium der Finanzen) und der Stadt Karlsruhe zusammengefügter Verwaltungsrat gebildet, in dem das Unterrichtsministerium drei, das Finanzministerium zwei, die Stadtgemeinde Karlsruhe fünf Stimmen führt.
4. Das Gebäude des Landestheaters nebst dem seinem Betrieb dienenden Nebengebäuden sowie die ganze zur Zeit des Abschlusses dieser Vereinbarung vorhandene Betriebsanrichtung stellt der Staat kostenlos zur Verfügung.
5. An dem durch Einnahmen nichtgedeckten Betriebsaufwand des Landestheaters beteiligt sich die Stadt Karlsruhe mit einem jährlichen Anteil, der in monatlichen Zahlungen vorbehaltlich der jährlichen Schulabrechnung an die Theaterkasse entrichtet wird und für die Zeit vom 1. September 1919 bis 31. August 1925 50 v. H. des Betriebsausfalls eines jeden Jahres beträgt.
6. Die Unterhaltungsarbeiten und kleineren Bauherstellungen werden aus den Betriebsmitteln bestritten; über größere

Herstellungen wird besondere Vereinbarung zwischen Staat und Stadt für jeden Einzelfall vorbehalten.

7. Mit Beginn der Spielzeit 1925/26 scheidet der Staat aus der Beteiligung am Betrieb des Theaters aus. Die Stadt Karlsruhe ist grundsätzlich bereit, den Betrieb des Theaters von diesem Zeitpunkt an in eigene Verwaltung zu übernehmen. Die hierdurch erforderliche werbende Überleitung der Anstellungen und Personverhältnisse des Personals ist spätestens im Laufe des Spieljahres 1923/24 zugleich mit einer Vereinbarung über die Bedingungen vorzubereiten, unter denen der Staat für die Zeit von Beginn des Spieljahres 1925/26 an die Gebäude und den Fundus des Landestheaters zur Verfügung stellt.

8. Die Vereinbarung hat zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß die äußeren Umstände den Weiterbetrieb des Theaters überhaupt zulassen. Nach den bei dem Oberbürgermeister eingetroffenen Darlegungen des Reichsfinanzkommissars über die Auslichten der Kohlenversorgung erscheint es so gut wie ausgeschlossen, daß das Theater und das Konzerthaus im nächsten Winter geheizt werden können. Infolgedessen wäre das Übereinkommen außer Kraft zu setzen, da der Zweck des städtischen Zuschusses, die Erhaltung des Theaterbetriebs, dann ohne Verschulden der Stadt vereitelt wäre. Für die Fortzahlung der Gehälter des Theaterpersonals während der Betriebsunterbrechung hätte die Staatskasse auf Grund der Anstellungserträge allein aufzukommen.

In der Begründung der dem Karlsruher Bürgerausschuß zugegangenen Vorlage durch den Oberbürgermeister wird u. a. gesagt:

Nachdem zunächst eine Verständigung mit der Regierung auf der Grundlage eines 1919 mit 30 v. H. beginnenden, in den folgenden Jahren um je 10 v. H. bis zu 60 v. H. steigenden Anteils der Stadt für im ganzen jährliche Dauer zustande gekommen war, hat der Haushaltsausschuß des badischen Landtags die im 5. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 1918 und 1919 gestellte Anforderung von 784 475 M. für 8 Monate (1. Mai bis 31. Dezember) des Jahres 1919 beantragt und verlangt, daß die Stadt Karlsruhe von Anfang an einen höheren Anteil des sich ergebenden Fehlbeitrages zuzieht und sich gleichzeitig bereit erklärt, spätestens vom Spieljahr 1925/26 an den ganzen Theaterbetrieb für ihre Rechnung zu übernehmen. Nach mehrfachen Beratungen haben sich die Fraktionen des Bürgerausschusses schließlich zu einem weiteren Entgegenkommen bereit erklärt, so daß die Stadt für die Zeit vom 1. September 1919 bis 31. August 1925 jährlich 50 v. H. des Zuschusses übernimmt, dafür aber auch im Verwaltungsrat die Hälfte der Stimmen erhält, und ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, den Betrieb des Theaters mit Beginn des Spieljahres 1925/26 für eigene Rechnung zu übernehmen.

Danach würde die Stadt für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1919 230 725 M. aufzubringen haben, etwa 81 v. H. Ertrag aus 1 P. Umlage. Wie sich die Beitragshöhe der Stadt in den weiteren Jahren ihrer Geltungsdauer gestaltet, läßt sich zurzeit nicht berechnen. Sie hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und von der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des Theaters im besonderen ab.

Bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

beabsichtigt das Arbeitsministerium, wie aus dem Interatentell ersichtlich, eine leitende Fürsorgebeamtin, der in erster Reihe die Erledigung von Arbeiten auf dem Gebiete der Kriegshinterbliebenenfürsorge, insbesondere die Prüfung von einzelnen Fürsorgefällen an Ort und Stelle obliegen wird, anzuschließen. Die Beamtin soll über die Fähigkeit selbständiger arbeitsmäßiger Bearbeitung der einzelnen Fälle und sicheren, ruhigen und von sozialem Empfinden getragenen Verkehr mit den zu Versorgenden verfügen.

Für einen allgemeinen deutschen Totengedenktag.

oc. Der demokratische Abg. D. Holtermann hat mit Unterstützung der Abg. Dr. Schofer (Zentr.), Marum (Soz.) und Mayer-Karlruhe (D. R.) folgende kurze Anfrage im Landtag eingebracht:

„Fast zwei Millionen Deutsche sind im Kriege für das Vaterland gestorben. In allem Unglück des verlorenen Krieges und seiner schmerzlichen Folgen muß ihr Andenken unvergessen bleiben. Unvergessen auch, daß ihr heiliges Opfer vor allem dem Boden des Vaterlandes vor der Verwüstung durch die ungeheure Übermacht der Feinde bewahrt hat. Dazu scheint ein alljährlich wiederkehrender, ohne Unterschied der Konfession zu gehörender allgemeiner deutscher Totengedenktag besonders geeignet. Er wird ein kleinstes Denkmal sein, das unser Volk und die kommenden Geschlechter immer wieder vor die Größe und den Ernst des Todesopfers jener Tapferen stellt, an ihrem Beispiel aber auch zugleich die so nötigen Tugenden der Dankbarkeit, der Pflichtenreue und der hingebenden Vaterlandsliebe in unserem Volke wecken und stärken soll. Ist die Regierung bereit, zweeks Einführung eines solchen allgemeinen deutschen Totengedenktages, der auf einen Sonntag gelegt werden sollte, und soweit er religiösen Charakter trägt, mit den Kirchenbehörden zu vereinbaren wäre, bei der Reichsregierung die erforderlichen Schritte zu tun?“

Keine Frühdruschprämie.

* Von der Reichsgetreidestelle in Baden wird und geschrieben: Entgegen allen Erwartungen hat die Nationalversammlung die Gewährung einer besonderen Prämie an die frühreife Landwirte abgelehnt, und zwar unter Hinweis auf die Erhöhung der Grundpreise. Diese einheitliche Gestaltung der Getreidepreise kommt den Wünschen der spätreifenden Gegenden zwar entgegen, ob sie aber die Ablieferungen der frühen Gegenden beschleunigen, muß abgewartet werden. Wie man jetzt schon hört, wird allenthalben dem raschen und planmäßigen Ausdruck seitens der Landwirte nicht mehr so viel Interesse entgegengebracht wie im letzten Jahr. Die Getreidepreise betragen für die Ernte 1919: Weizen 465 M., Gerste 415 M., Spelz 465 M., Roggen 415 M. die Tonne. Der Preis für Hafer ist amtlich noch nicht festgelegt, er dürfte sich aber wohl mit demjenigen für Gerste und Roggen decken.

Verein badischer Lehrerinnen.

oc. Der Verein badischer Lehrerinnen hielt in der vergangenen Woche eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich u. a. auch mit der Vorbildung der Lehrerinnen befahte. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß durch die kommende Neugestaltung des Schulwesens eine weitgehende Verbesserung der Ausbildung Platz greift. Die jetzigen Bestimmungen können nicht befriedigen, ebenso nicht die Regelung der Fortbildungsschulen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde auch das Fortbestehen der Krankenkasse behandelt, da den Lehrerinnen durch den Eintritt in die Verbandskassenkasse des Beamtenverbandes die Möglichkeit geboten sei, sich zu teilweise günstigeren Bedingungen zu versichern. In der Aussprache waren aber alle Delegierten darin einig, daß die Krankenkasse weiterbestehen soll.

Der Mannheimer Ausbilfsbeamtenstreik beendet.

oc. Der Streik der städtischen Ausbilfsbeamten ist beendet, nachdem der Stadtrat sich bereit erklärt hat außer dem bereits bewilligten Monatsgehalt einen weiteren vollen Monatsgehalt als Voranschlag zum Einkauf von Wintervorräten zu gewähren.

Über die Lage der Schwarzwälder Uhrenindustrie

wird aus Furtwangen berichtet, daß diese nicht geblüht ist. Wie sich die geschäftlichen Beziehungen zu den Ententestaaten künftig entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Tatsache ist jedoch, daß angegebene Firmen in den letzten Tagen bereits Besuche französischer Kunden erhalten haben, die schon vor dem Krieg mit der Schwarzwälder Uhrenindustrie rege geschäftliche Beziehungen unterhielt. Mit der Fabrikation neuer Friedensuhren in der Uhrenindustrie wird jetzt begonnen. Die Uhrenherstellung stößt aber augenblicklich auf erhebliche Schwierigkeiten, da es an Rohmaterialien noch fehlt. Wenn der Kohlenmangel nicht rechtzeitig behoben werden kann, muß mit Betriebsbeeinträchtigungen gerechnet werden.

Badische Zeitungsstimmen.

Die bedrohte Finanzhoheit der Bundesstaaten.

* Dem Forstheimer Anzeiger wird geschrieben: Die Berliner Finanzpläne werden in den Zeitungen eifrig besprochen. Sie erregen in Süddeutschland keine große Aufregung. Aber wenn die Bevölkerung sich ein genaues Bild von ihrer Tragweite machen könnte, würde sicher ein großer, allgemeiner Widerstand aufflammen. Denn das, was Erzberger plant, die Übernahme der gesamten Steuererhebung von Bundesstaaten und Gemeinden auf das Reich, wäre in der Tat das Ende unserer bundesstaatlichen Selbständigkeit. Die Finanzen sind das Rückgrat des Staates. Und wenn erst einmal kein badischer, württembergischer oder bayerischer Steuererheber mehr da wäre, so gäbe es auch bald kein Baden, Württemberg oder Bayern mehr oder doch nur noch auf der Landkarte. Daran würde der Umstand nichts ändern, daß das Reich einen Teil der von ihm erhobenen Einnahmen den Bundesstaaten und den Gemeinden wieder nach Kopfzahl ausfließen ließe. Im Gegenteil: Bundesstaat und Gemeinden wären auf immer die Kostgänger des Reiches und in jeder Beziehung von ihm abhängig. Die Not des Reiches ist es, die auf den Gedanken geführt hat, das Reich zum alleinigen Erheber der künftigen fürchterlichen Steuern und Umlagen zu machen. Um das Reich nicht zugrunde gehen zu lassen und in erster Linie durch den Krieg erzeugtes tiefes Geldbedürfnis zu decken, soll es die erste Hand auf allem Gut der Bürger haben. Erst in zweiter Linie sollen Bundesstaaten und Gemeinden kommen, deren Beamte sollen demgemäß zum großen Teil ausgeschaltet werden. Oder vielmehr, man will die bundesstaatlichen Finanzbehörden nach Erzbergers Plan in den Dienst des Reiches überführen. Zu diesem Zweck würden dann zur Erhebung der Reichsteuern sogenannte Reichsfinanzämter eingerichtet, unter denen (z. B. in Karlsruhe) Landesfinanzämter stehen würden. Das wäre, auch wenn man den Einzelstaaten noch gewisse Steuern ließe, ein ganz und gar feststehender Pfahl im Fleisch der Bundesstaaten, wobei es wenig verschlägt, daß die Vorstände und Beamte dieser Finanzämter Landesangehörige sein sollen. Diese Landesangehörigen wären immerhin Reichsbeamte. Verschiedene unbedeutende Steuern, wie die Luxussteuer, Erbschaftsteuer usw. sollen vorerst den Einzelstaaten verbleiben. In den Einzelstaaten würden sich also Landesbeamte als Steuerbeamte finden, welche die Steuern für das Reich einzuziehen, und andere, welche solche für die Einzelstaaten einzuziehen und verwalten. Während im Volk diese Gedanken noch nicht so recht ankam, sind geworden sind, haben bereits die süddeutschen Einzelregierungen, auch Sachsen, eine gewisse Stellung gegen die Berliner Zentralisierungspläne eingenommen, welche vielleicht bald von der Bevölkerung geteilt wird. Es ist in der Tat sehr bedenklich, in solch radikaler Weise vorzugehen, wie es Erzberger will. In weiten Kreisen meint man, daß ein weitgehender Einfluß und Beteiligung an der einzelstaatlichen Steuererhebung dem Reich ebenfalls genügen könnte und daß es keineswegs nötig ist, die Finanzhoheit der Bundesstaaten so plötzlich über Bord zu werfen. Diese erwachten Kreise werfen es auch aus Gründen der Kultur und des Fortschritts, daß von einer einzelnen Stelle, also von Berlin aus, der gesamte Finanzapparat geleitet wird. Mit Recht. Denn eine starke Zentralisierung hat auch große Schattenseiten, wie wir bei der gesamten Ernährungspolitik an den Berliner Elässen gesehen haben. Die Einzelstaaten und Gemeinden kämen bei der Fortsetzung der Zentralisierung in die Lage, daß von Berlin aus die Ausgaben reguliert, alles über einen Keil geschlagen würde und daß den ganz verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Gegenden Deutschlands nicht mehr Rechnung getragen würde. Die kulturellen Aufgaben, die Aufgaben von Schulen, Kirchen, Verkehrsweisen, die Stellung der Beamten, Lehrer, Staatsarbeiter, alles müßte sich nach Berlin richten. Was bliebe den Einzelstaaten überhaupt noch von ihrem Recht und ihrem Wesen bestehen? Die Reichspost haben wir schon, die Reichseisenbahn kommt. Dies wäre wohl Zentralisierung genug. Mit Recht bilden deshalb die neuen Reichsteuerverläufe bei den einzelstaatlichen Regierungen jetzt den Gegenstand der größten Sorge. Man will gern dem Reiche geben, was des Reiches ist, und sein Weiterbestehen mit den größten Opfern sichern. Aber man will auch nicht ins Grundloste hineinstiegen und will nicht ohne Gewähr für eine bessere Zukunft, der Berliner Leitung anvertrauen, was man zu Hause ebenso gut oder besser besorgen kann. Die bundesstaatliche Entwicklung Deutschlands ist geschichtlich begründet und hat, nachdem ihre Auswüchse beseitigt waren, segensreich gewirkt. Heute stehen wir vor der Frage, sollen wir auf einer bewährten Grundlage weiterbauen oder die Bundesstaaten auf dem Weg der Erzbergerischen Reichsfinanzpläne abschaffen, in Reichsprovinzen umwandeln?“

Aus der Landeshauptstadt.

Todesfall. Im Alter von 68 Jahren ist dieser Tage Oberregierungsrat Hornung, Kollegialmitglied der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, gestorben. Hornung, der aus Alfeld stammt, wurde 1879 Ingenieurpraktikant, 1885 Stationskontrollleur der Staatseisenbahnen in Freiburg, 1889 Bahnenwalter in Bretten, kam 1895 als Güterinspektor in die Generaldirektion, wurde 1896 Zentralinspektor mit dem Titel Betriebsinspektor und 1900 Kollegialmitglied der Generaldirektion mit dem Titel Regierungsrat. Mit Hornung ist ein kenntnisreicher, pflichttreuer Beamter aus dem Leben geschieden, der sich in langjähriger Dienstzeit große Verdienste erworben hatte. Sein Heimgang wird in weiten Kreisen als schmerzlicher Verlust empfunden werden.

N.A. Für die Kriegsgefangenenfürsorge gingen beim Oberbürgermeister von der Bierbrauerei Hüfner hier 500 M. und von Herrn Kaufmann Josef Jost hier 100 M. ein.

Unterfertigte erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre lieben A. H. A. H. und a. i. a. B. a. i. a. B. von dem Ableben ihres lieben A. H.

Roland Müller
Fabrikant aus Mochenwangen
S/S 90

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Beisetzung: 26. Juli 5 Uhr in Mochenwangen
Trauerkneipe: 28. Juli 9 Uhr s. t.

Forstverbindung Hubertia.
I. A.

Crocoll p. x x.

Unterfertigte erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre lieben A. H. A. H. und a. i. a. B. a. i. a. B. von dem Ableben ihres lieben A. H.

Robert Hornung
Oberregierungsrat
WS 74/75

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Feuerbestattung: 28. Juli 4 Uhr in Karlsruhe
Trauerkneipe: 28. Juli 9 Uhr s. t.

Forstverbindung Hubertia
I. A.

Crocoll p. x x.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 29. Juli 1919

Die Csardasfürstin

Anfang 7 1/2 Uhr.

Bolontären u. Schülern v. Technitums

ist Gelegenheit geboten, sich in der Automobil-Branche praktisch auszubilden, in modern eingerichteten Automobilbetriebe mit staatlich konzessionierter Fahrschule. **Oberbadische Automobil-Zentrale, Waldshut.**

Grundstücks-Zwangsvorsteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgb. Nr. 2308, 2308b, 2308c: 6 a 56 qm + 4 a 96 qm + 6 a 94 qm Bau- und Straßengelände an der Hiltzheimerstraße. Schätzung: 9000 M. + 6900 M. + 9600 M. Versteigerungstermin: Donnerstag, 4. September 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Adamiestrasse 8. Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 4. Juni 1919. R. 600.3.2.1. **Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.**

Grundstücks-Zwangsvorsteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgb. Nr. 3040: 1 a 96 qm mit Gebäuden, Werberstraße 61. Schätzung: 44000 Mark. Versteigerungstermin: Donnerstag, den 28. August 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Adamiestrasse 8. Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 13. Juni 1919. R. 763.3.2.1. **Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.**

Schmuckfachen

aller Art und **Bijouterie** werden stets angekauft in **Weintraubs** An- und Verkaufsgeschäft **Fronenstr. 52, Tel. 3747**

Altertümer

in **Walden, Schmuck, Silber, Zinn usw. kauft** zu hohen Preisen **An- u. Verkaufsgeschäft Neukam,** Rammstr. 6 im Hof, Tel. 3546



Ein in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung, Standesamts-, Rechnungs- u. Lebensmittelwesens eingearbeiteter **Rathschreibergehilfe** sucht sich zu verändern. Maschinen-schreibend. Offert. unt. G. 758 an die Exp. d. Karlsru. Zeitung erb.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

R. 433, Mannheim. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Philipp Fuhr in Mannheim-Feudenheim, auch Inhaber eines Papierwarengeschäfts im Hause J 2 Nr. 4 in Mannheim ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, 5. Septbr. 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Mannheim, B. 3, 2. Stad., Zimmer 118. Mannheim, 21. Juli 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3, 2.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

R. 434, Mannheim. An Stelle des verstorbenen Nachlassverwalters Justizrat Mattes in Mannheim wird Rechtsanwalt Heinrich Wödlingshöfer in Mannheim zum Verwalter des Nachlasses der am 26. 27. April 1918 in Mannheim verstorbenen und dafelbst wohnhaft gewesenen Adalbert Albrecht Witwe Anna Maria geb. Bauer ernannt. Mannheim, 18. Juli 1919. **Notariat 2 als Nachlassgericht.**

Verchiedene Bekanntmachungen.

Das Arbeitsministerium beabsichtigt, mit der Verstaatlichung der Kriegsschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge eine Leitende **R. 421**

Fürsorgebeamtin

der in erster Reihe die Erledigung von Arbeiten auf dem Gebiet der Kriegshinterbliebenenfürsorge, insbesondere die Prüfung von einzelnen Fürsorgefällen an Ort und Stelle obliegen wird, anzustellen. In Betracht kommen Frauen, die über die Fähigkeit selbständiger arbeitsmäßiger Bearbeitung der einzelnen Fälle und sicheren, ruhigen und von sozialem Empfinden getragenen Verkehr mit den zu Versorgenden verfügen. Bewerbungen mit näheren Angaben über die Persönlichkeit, die Vorbildung und die bisherige Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Arbeit sowie der Gehaltsansprüche sind an

das Arbeitsministerium zu richten. Karlsruhe, 23. Juli 1919. **Bad. Arbeitsministerium.**

Geschäftsführerstelle.

Die Stelle des Geschäftsführers der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Weisach ist alsbald zu besetzen. Geeignete geschäftlich- und rechnungsverständige Personen wollen sich unter Bezeichnung ihrer Gehaltsansprüche und unter Beigabe eines Lebenslaufes bis zum 10. August ds. Js. beim Kassenvorstand melden. Weisach, 20. Juli 1919. Der Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Weisach: **Meier.**

Für Herstellung der Schlierbergwegüberführung der Hüllentalbahnverlegung bei Freiburg sind nach der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 hauptsächlich rund 850 cbm Aushub, 1500 cbm Mauerwerk aus Beton oder Bruchstein, darin 150 cbm Gewölbe-mauerwerk, 160 qm wasserdichte Abdeckung öffentlich zu vergeben. Bedingungen, Bedingungen u. Angebotsborbude nur im unserer Kanzlei im Württembergische, Waldkircherstraße 12, 2. Stad., von 8-3 Uhr, erhältlich. Kein Versand nach auswärts. Angebote mit Aufschrift: „Schlierbergwegüberführung“ sind bis spätestens Freitag, den 8. August 1919, vormittags 10 Uhr, verschlossen und postfrei, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 21 Tage. R. 436 Freiburg, 24. Juli 1919. **Bahnbauprüfung 2.**

Aufruf!

Die Heimkehr unserer gefangenen Brüder steht vor der Tür. Um sie würdig zu empfangen, arbeiten die Gefangenenheimkehrstellen (Krisaheime) seit Wochen im Lande. Das Reich hat einen Zulauf bewilligt, der aber für den würdigen Empfang in unserem Lande nicht genügend ist. Um auch nach der militärischen Entlassung in dringenden Fällen helfen und andererseits in den Durchgangslagern den Empfang so würdig gestalten zu können, wie es der guten badischen Sitte entspricht, brauchen wir noch einmal die Hilfe des ganzen badischen Landes. Die Mittel, welche für die Gefangenen gesammelt waren, sind durch die Gefangenenunterstützung in den letzten Monaten, die unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen weitergeführt werden mußte, stark zusammenschmolzen. Unsere Nachbarn, die Württemberger, haben in den letzten Monaten fast eine Million nur für die Zwecke der Gefangenenheimkehr zusammengebracht. Für Baden soll ein badischer Volksdank für die heimkehrenden Gefangenen die nötigen Mittel aufbringen. Der badische Volksdank vom Jahre 1919 darf nicht hinter der großartigen Hilfe zurückbleiben, welche im September 1917 durch die Beteiligung des ganzen badischen Volkes für die Gefangenen möglich geworden ist. Die Mittel des ganzen Landes werden in einen Zentralfond vereint, welcher dort, wo es nötig ist, zur Verfügung stehen soll.

Der Dank der Heimat soll den gefangenen Brüdern schon beim Betreten des heimatischen Bodens fühlbar sein. Wie könnte er sich wirklicher äußern, als in einem freudigen Empfang und in der Hilfe bei dem Übergang in die Friedensarbeit. Hierzu sind die reichsten Mittel erforderlich:

Darum gebt! Gebt reichlich und freudig!

- | | |
|--|--|
| Der Staatspräsident:
Geiß. | Der Territorialdelegierte der freiw. Krankenpflege für Baden:
Pflügerer. |
| General Limberger,
Voritzender. | Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:
Der Ehrenvorsitzende: Max, Prinz von Baden. |
| Der Generalsekretär des Bad. Frauenvereins:
Müller, Geheimrat. | Dr. Stroebe,
Voritzender der Depotabteilung. |
| Für den Oberrat der Israeliten:
Dr. Mayer. | Der Präsident des Ev. Oberkirchenrats:
Dr. Uibel. |
| Die Vorsitzenden des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen: | Univ.-Prof. Dr. Partsch,
Voritzender des Landesauschusses der Bad. Gefangenenfürsorge. |
| Mannheim:
Maier, Kaufmann. | Der Erzbischof der Erzdiözese Freiburg:
Dr. Thomas Nörber. |
| Karlsruhe:
Rupp, Ingenieur. | Der Vorstand des kath. Caritas-Verbandes:
Dr. Werthmann, Prälat. |
| Freiburg:
Dr. von Graevenitz, Hauptmann a. D. | Der Vorstand des kath. Caritas-Verbandes:
Dr. Werthmann, Prälat. |
| Konstanz:
Oberltn. Schmidt I, Aushaltstafel. | |

Die Badischen Kriegsgefangenen-Heimkehrstellen (Krisaheime).

Gaben können auf Postcheckkonto 5856 Badischer Landesverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe, einbezahlt werden. Desgleichen nehmen sämtliche Banken, Stadtkassen und Sparkassen Gaben an. In beiden Fällen bitten wir zu bemerken „Für Volksdank“.